

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Rates

Sitzungstermin: Dienstag, 27.01.1998
Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Brinkmann, Alwin

SPD-Fraktion

Abels, Hans
Docter, Reinhard
Everwien, Herta
Grigull, Hans
Grix, Helga
Haase, Hans-Dieter
Jahnke, Horst
Janssen, Richard
Kleinschmidt, Heinrich Dr.
Leeker, Wilhelm
Mecklenburg, Rico
Merkentrup, Friedhelm
Meyer, Elfriede
Meyer, Lina
Pauels, Karl-Gerhard
Pohlmann, Marianne
Scholl, Eiwin
Slieter, Ihno
Südhoff, Johann
Tamminga, Jenny
Wessels, Johann
Woldmer, Richard

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Groeneveld, Ahlrich
Hegewald, Reinhard
Hellmann, Uwe
Hoffmann, Monika
Janßen, Heinz Werner
Kaune, Sieglinde
Odinga, Hinrich
Rosenboom, Benedikt
Vollprecht, Werner

FDP-Fraktion

Beisser, Kurt-Dieter Dr.
Bolinus, Erich

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd
Schmidt, Christine
Strelow, Günter
Züchner, Hermann

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Brinkmann eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 39 Ratsmitglieder anwesend.

Er heißt den Geschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages, Herrn Dr. Schrödter, in Emden herzlich willkommen und begrüßt die Vertreter des Arbeitskreises "Juden in Emden", insbesondere Frau Marie Werth, sowie die Mitarbeiter des Technischen Hilfswerkes Emden.

Frau Werth habe folgende Grußbotschaft an den Präsidenten des Staates Israel verfaßt mit der Bitte, sich in die Unterschriftenliste einzutragen:

"Herzlichen Glückwunsch, Israel, zum 50-jährigen Bestehen!

Wir, die Unterzeichner, gratulieren Ihnen zum 50-jährigen Bestehen Ihres Staates und wünschen Ihrem Staat und seinem Volk Glück und Wohlergehen, vor allem aber Frieden! Schalom!"

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Brinkmann teilt mit, der VA habe sich im Vorfeld darauf geeinigt, in dieser Ratssitzung nur der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken sowie die Ehrungen der Ratsmitglieder und der Mitarbeiter des THW vorzunehmen.

Obwohl es sich um einen Gedenktag handele, bitte er die Anwesenden im Anschluß an die Sitzung zu einem kleinen Umtrunk.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Ansprache des Oberbürgermeisters zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Herr Brinkmann führt aus:

"Vielleicht sind wir in Gedanken schon wieder mit anderen dringenden Dingen beschäftigt. Aber nehmen wir uns die Zeit, des heutigen Tages zu gedenken. Das ist nicht mit einigen knappen Sätzen getan, es geht hier nicht um ein Grußwort.

Bundespräsident Roman Herzog hat am 3. Januar 1996 den 27. Januar zum "Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus" erklärt. Die Proklamation, die ziemlich plötzlich

kam, hat uns zunächst in Verlegenheit gebracht, was mit diesem Tag denn wohl anzufangen sei. 1996 geschah hier nichts zu diesem Anlaß, und der Bundestag tagte nicht am 27., sondern am 19. Januar, um eine Rede des Bundespräsidenten anzuhören. 1997 hat der Rat der Stadt Emden eine öffentliche Erklärung abgegeben, über die in der Presse berichtet wurde. Das alles macht den Eindruck, als wäre ein weiterer "Tag des ... drei Punkte" geschaffen worden. Wir sollten uns klarmachen, was wir davon halten.

Der Arbeitskreis "Juden in Emden", mit dem die Stadt immer sehr gut zusammenarbeiten kann, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Gestaltung eines staatlichen Gedenktages vorrangig Sache der politischen Repräsentanz, also des Rates, ist. So ergab sich aus den Gesprächen der Vorschlag, auf diesen Gedenktag eine Sitzung des Rates zu legen und daraus eine Regel zu machen. Ich halte diesen Vorschlag für sehr sinnvoll. Wir wollen uns sicher nicht für alle Zeiten und für jeden Fall an diese Form binden, aber wir sollten nur aus guten Gründen wieder davon abweichen.

So könnte ein wiederkehrendes Ritual entstehen. Der Begriff Ritual wird oft negativ bewertet. Ich denke da anders. Ein Ritual setzt ein Zeichen, daß es um etwas Wichtiges geht, dem Dauer zusteht. Rituale drücken auch einen Konsens der Beteiligten in Grundwerten aus. Wir dürfen Rituale jedoch nicht gedankenlos abspulen, sie müssen immer wieder in ihren Formen und Inhalten sich erneuern, dabei aber ihre Substanz bewahren. Darüber werden wir nachdenken müssen, und wir tun gut daran, uns beraten zu lassen.

Der Gedenktag des 27. Januar soll einen eigenen Charakter bekommen. Wir gehen da ja nicht in Neuland. In den vergangenen 20 Jahren ist über die Geschichte Emdens und Ostfrieslands im Nationalsozialismus und über die jüdische Regionalgeschichte viel gearbeitet worden, von einzelnen Autoren, von einem Arbeitskreis bei der Ostfriesischen Landschaft und hier besonders vom Arbeitskreis "Juden in Emden". Wir wissen, was Marie Werth, die Familien Leufgen, Claudi und Lukait, Sigi Sommer, Klaus Meyer-Dettum, um einige zu nennen, geleistet haben, um Kontakte aufzubauen, zu pflegen und Wissen bereitzustellen, damit jeder erfahren kann, was geschah.

Wir haben drei Gedenksteine errichtet: im Hof des Rathauses am Delft, am Ort der zerstörten Synagoge und auf dem jüdischen Friedhof. Anregungen und Recherchen des Arbeitskreises waren Grundlage der Gestaltung. Daß sie eine würdige Form gefunden haben, verdanken wir den Entwürfen von Norbert Tilmann. Und der entschiedene Einsatz von Dr. Hinnendahl hat die Sache schließlich so vorangebracht, daß wir uns mit dem Ergebnis sehen lassen können. Das wird immer wieder bestätigt durch Äußerungen vieler Besucher und durch das Interesse, welches unser Denkmal in der Diskussion um das Berliner Holocaust-Mahnmal gefunden hat.

Seit 1988 erinnern wir jeweils am 9. November an die Kristallnacht von 1938, in der das Töten unserer jüdischen Bürger begann. Bitte erinnern Sie sich, daß wir 1988 in einer großen Demonstration zu den Stätten gegangen sind, an denen das Unheil geschah, und etwa 2000 Emdener Bürger haben die Berichte über die erforschte Wahrheit gehört. - Vor zwei Jahren haben wir erfahren, wie nahe die Realität der Konzentrationslager an Emden herangerückt war, als 1944 eine KZ-Außenstelle in Engerhufe errichtet wurde. Und am 9. November des vergangenen Jahres hat uns eine hervorragende Dokumentation das Leben eines bedeutenden Emdener Bürgers nahegebracht: gemeint ist Max Windmüller, der Widerstand leistete, der viele davor bewahrt hat, getötet zu werden und deswegen selber getötet wurde. Wenn wir ihm demnächst einen Ehrenplatz im Bild unserer Stadt geben werden, dann sollten wir beachten, den Maßstab nicht zu klein zu wählen.

Warum sage ich das alles? Weil diese Leistungen, die in hoher Qualität von Emdener Bürgern erbracht werden, für unser Land, für unser Gemeinwesen von großer Bedeutung sind. Und ich möchte mich auch persönlich bedanken für die Hilfen, die mir aus diesem Kreis gegeben werden, für die vielen guten Vorschläge, für sorgfältig erarbeitete Fakten und Formulierungshilfen.

Da ist aber noch etwas anderes: Ich mag die Klagen über die angeblich ungenügende Aufarbeitung der NS-Geschichte nicht mehr hören. Ich meine: Wissenschaft, Medien, Schulen und Bürgerinitiativen haben das Notwendige getan, um diese dunkle Seite unserer Geschichte auszu-leuchten und ihre Bedeutung für unsere politische Gegenwart und Zukunft klarzumachen. Dabei wird nicht übersehen, daß es auch ein anderes Deutschland gab. Und es stimmt einfach nicht, daß die Energie und das Interesse nachgelassen hätten, sich mit der deutschen Katastrophe zu befassen - besonders mit dem Schicksal der Juden. Das ist kein Grund, sich zurückzulehnen mit der Feststellung "bei uns läuft alles bestens".

Aber die Formen der Aufarbeitung wandeln sich. Ich höre aus dem Arbeitskreis "Juden in Emden" und von der Ostfriesischen Landschaft, daß die in die Vergangenheit gerichtete Arbeit weitgehend getan ist und die Zukunft neue Aufgaben stellt. Das hat nichts mit Vergessenwollen zu tun, daß heißt vielmehr, sich im Wissen um die Vergangenheit neuen Aufgaben zuzuwenden.

Und nun dieser neue Gedenktag. Bevor ich über Möglichkeiten seiner Gestaltung etwas sage, will ich einen Blick zurückwerfen:

Der "Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus" wurde bewußt auf den 27. Januar gelegt. Heute vor 53 Jahren wurden die bei Auschwitz liegenden Konzentrationslager befreit - das Stammlager Auschwitz, das Vernichtungslager Birkenau und das Arbeitslager der IG-Farben-Werke in Monowitz. - Sie wurden befreit. - Das klingt gut. Das Kalendarium des Lagers Auschwitz vermerkt zum 27. Januar 1945 unter anderem: "In unmittelbaren Kämpfen um die Befreiung der Konzentrationslager fallen 231 Soldaten der Roten Armee ... Zu dieser Zeit befinden sich in den Lagern über 7000 kranke und erschöpfte Häftlinge." - Diese Notiz besagt auch, daß deutsche Soldaten die Befreiung der Lager, in denen bis zum letzten Tag getötet wurde, noch verhindern wollten und daß eine unbekannte Zahl dabei gefallen ist. Befreit wurden schließlich dann etwa 7.000 Häftlinge, von denen noch viele an den Folgen von Krankheit und Hunger starben. Von etwa einer Million Auschwitz-Häftlingen blieben 7.000 übrig. Da klingt das Wort "Befreiung" nicht mehr so gut. Sich an die Befreiung von Auschwitz zu erinnern, läßt für uns heute kein Gefühl von Erleichterung zu.

Ganz anders, als vier Monate später der Krieg zu Ende ging. Wer diese Zeit miterlebt hat oder wer sich heute damit beschäftigt, kann die Erleichterung der Menschen nachempfinden, und wir haben uns ja auch inzwischen darauf verständigt, den 8. Mai 1945 als einen Tag der Befreiung anzuerkennen und nicht nur als einen Tag der Niederlage, wie sich das manche gern zurecht-deuten möchten - denn das Wort "Niederlage" verharmlost den Krieg zu einem "sauberen mili-tärischen Vorgang". Das war er nicht. Und schon lange vor dem Krieg waren in Deutschland die ungeheuerlichsten Verbrechen möglich geworden, nachdem sich das Parlament mit dem Ermächtigungsgesetz für Hitler selbst entmachtet hatte. - Es waren zu viele, die das gut fanden, bis hinauf in die Eliten im Staatsapparat, in der Wirtschaft, in den Hochschulen, sogar in den Kirchen, und jubelnde Massen waren immer zur Stelle. Die meisten handelten sicher persönlich in gutem Glauben. Doch wir können heute die Ahnungslosigkeit oder die idealistischen Blähungen der damals Beteiligten bestenfalls als Irrtum anerkennen, was noch eine unverdient harmlose Bewertung ist.

Wir müssen Auschwitz und den Krieg, und zwar den angezettelten wie den verlorenen Krieg, zusammen sehen mit dem Beginn des Unheils im Jahre 1933, das später ironisch "Jahr des Heils" genannt wurde. Und dieser Zusammenhang ist ein politischer.

Die deutsche Katastrophe, die eine Katastrophe für einen großen Teil der Welt wurde, ist nicht wegzudrücken als eine unter vielen Tragödien im Verlauf der Menschheitsgeschichte wie zum Beispiel der 30jährige Krieg oder die große Pest am Ende des Mittelalters. Verdrängungs-Historiker versuchen gern, es so zu deuten. Nein, das ist nicht schicksalhaft über uns gekom-

men oder weil die Welt für Deutschland voller Feinde gewesen wäre. Der Nationalsozialismus und die von ihm verursachten Völkermorde loderten auf in einem zivilisierten Land, in einem Volk, das die Wahl hatte, diese Katastrophe zu verhindern - ja, buchstäblich die Wahl hatte - bis es dann zu spät war.

Wie war das denn mit den Wahlen? In der letzten, schon nicht mehr ganz freien, aber noch korrekt ausgezählten Wahl im März 1933 errangen die Nazis 38,3 % der Stimmen. Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen erhielten mehr, nämlich 38,7 %. Die NSDAP lag gerade um einen Prozentpunkt über ihrem bis dahin besten Ergebnis im Juli 1932. - Nebenbei gesagt: in Emden übertrafen die Nazis den Durchschnitt von 38,3 %, sie erreichten 43,9 %. (*)

Was heißt das? - Die Nazis hatten keine Mehrheit. Sie brauchten und fanden Verbündete rechts von der Mitte. Die glaubten, Hitler sei ein Tiger, den sie reiten könnten. Sie täuschten sich. Es zeigte sich - das sollten wir uns merken - daß eine zu allem entschlossene machtbesessene Gruppe keine Mehrheit braucht, um den Staat und seine Verfassung zu kippen. Und eine weitere Erfahrung: Wenn kriminelle Politiker die Machtapparate in Händen haben, können sie auch Wahnvorstellungen wie ihren Antisemitismus und ihre Lebensraum-Ideen in Politik umsetzen, und sie können das Töten von Gegnern und von angeblich unwerthem Leben zur Staatsmoral erheben. Das erklärt die erschreckende "Normalität" des Tötungspersonals und der Schreibtischtäter; es waren unbescholtene Leute in ihrem bürgerlichen Leben, die ihren Mitmenschen Unglaubliches antaten. Es ist uns unverständlich und unannehmbar, daß dieses ungehemmte, bedenkenlose Töten als Möglichkeit in der menschlichen Natur angelegt sein sollte. Es ist leider doch so! Unter welchen Bedingungen es jedoch in unserem Land dazu kam, das ist wohl erklärbar und verstehbar, wenn man es wissen will.

Gedenktage sind ein Schutz gegen das Vergessen. Für den heutigen Gedenktag gilt es, so heißt es in der Proklamation des Bundespräsidenten, "eine Form des Erinnerens zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken". Roman Herzog hat dazu aufgefordert, "den 27. Januar nicht als Feiertag zu begehen, ... sondern als wirklichen Tag des Gedenkens, in einer nachdenklichen Stunde inmitten der Alltagsarbeit, auch der Alltagsarbeit eines Parlamentes." - An diese Empfehlung wollen wir uns auch im Stadtparlament heute und künftig halten - und so wollen wir es auch anderen Institutionen in unserer Stadt nahelegen, den Schulen, den Medien.

Gedenktage allein können nicht "jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken". Wenn die Bedingungen danach sind, wenn die tragenden Schichten der Gesellschaft den freiheitlichen Staat aufgeben, dann wird er wieder kippen. Machen wir uns da keine Illusionen. Der Wiederholung entgegenwirken - das funktioniert nur vorher - also jetzt muß die Demokratie stabil gehalten werden, jetzt muß alles geschehen, das Vertrauen in die politischen und sozialen Systeme zu erhalten, jetzt müssen die mühsam erkämpften solidarischen Strukturen verteidigt werden.

Aber unterschätzen wir nicht die Macht der Traditionen. Es gibt auch andere als die nationalen Traditionen, die sich immer sehr dicke tun. Ich komme noch einmal auf die Wahlen zurück und auf die Wahlmöglichkeiten, die wir haben. Die große Arbeitslosigkeit wird immer wieder für 1933 verantwortlich gemacht, was zum Teil sicher zutrifft. Aber die Arbeiterschaft, die unter der Arbeitslosigkeit am meisten zu leiden hatte, blieb bemerkenswert stabil. Ihre Parteien hielten bis zum November 1932 über 37 % der Stimmen. Und genauso beachtlich ist: die katholische Zentrumsparterie blieb ebenso stabil mit über 15 %. Das hatte etwas mit sozialen Strukturen, aber auch wesentlich mit politischen und religiösen Traditionen zu tun.

Wie sieht das heute aus? Haben sich in knapp 50 Jahren Bundesrepublik staatsbürgerliche Traditionen gebildet? Haben sich anstelle einer Arbeiterkultur Arbeitnehmertraditionen entwickelt? Wohl kaum. Ist das Verhältnis gesellschaftlicher Großorganisationen zur Demokratie eindeutig? Warum tut sich die Bundeswehr in der Traditionsfrage so schwer, obwohl die Rolle des

Militärs im Ganzen doch anerkannt wird? Hatten die Protestierenden vielleicht recht, den großen Zapfenstreich abzulehnen, der in vordemokratischer Zeit von absolutistischen Potentaten erfunden wurde - gibt es keine Vorbilder in der Geschichte, die demokratieverträglicher sind? Fragen darf man doch mal. Oder stellen wir uns einfach ganz ruhig, oder dumm?

Shimon Peres sagte kürzlich: "Zukunft muß man machen!" Er weiß, wovon er redet, und er weiß auch, was geschieht, wenn der Frieden und die Demokratie in eine Sackgasse geraten. Auch wir haben die Wahl, Zukunft zu machen und jetzt die Weichen zu stellen für Traditionen, die künftigen Generationen Leitbilder vermitteln können. Darüber soll auch gestritten werden, aber in diesem Streit muß die Politik Farbe bekennen und handeln.

Es klingt fast paradox: Gerade aus der Erfahrung des größten Unheils unserer Geschichte und aus wahrhaftiger Erinnerung daran werden konsensfähige Traditionen entstehen, die wir mit Herz und Verstand bejahen können. Sie konsequent zu pflegen ist eine Aufgabe nicht nur der Politik. Aber wer öffentlich tätig ist, trägt vorrangig die Verantwortung, auch in der Kommunalpolitik. Mitzuempfinden, nachzuerleben und einfach zu wissen, was Menschen erleiden mußten, nachdem die Freiheit verspielt war, das wird uns allen ein moralisches Grundverständnis geben, auf dem ein Gemeinwesen gebaut werden kann. Ich zitiere noch einmal Roman Herzog: "Wer Unfreiheit und Willkür kennt, der weiß Freiheit und Recht zu schätzen. Die Selbstverständlichkeit aber, mit der unser Volk Freiheit und Recht erleben darf, vermittelt mitunter zuwenig Gespür für die Gefahren von Willkür und Unfreiheit." Damit hat der Bundespräsident sehr präzise gesagt, wo das Problem liegt. Wenn wir vergessen, wieviele Opfer zu bringen waren, um die Freiheiten und die Menschenrechte zu erringen, die wir heute genießen und bereits für unverlierbar halten - also, wenn wir die Opfer vergessen, werden wir leichtsinnig im Umgang mit der Freiheit.

So haben wir den Opfern des Nationalsozialismus zu danken und ihnen Ehre zu erweisen. Ich bitte Sie, sich zu erheben.

Ich möchte die Worte verlesen, mit denen Richard von Weizsäcker bereits am 8. Mai 1985 den Sinn des heutigen Tages gültig ausgedrückt hat. Sie sind auch in unseren Gedenkstein beim Rathaus eingraviert worden, und sie lauten:

Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.

Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden.

Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben.

Als Deutsche gedenken wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei den Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind.

Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mußten.

Wir gedenken der erschossenen Geiseln.

Wir denken an die Opfer des Widerstandes in allen von uns besetzten Staaten. Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militäri-

schen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten.

Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen.

Neben dem unübersehbar großen Heer der Toten erhebt sich ein Gebirge menschlichen Leids,

Leid um die Toten,
Leid durch Verwundung und Verkrüppelung,
Leid durch unmenschliche Zwangssterilisierung,
Leid in Bombennächten,
Leid durch Flucht und Vertreibung, durch Vergewaltigung und Plünderung, durch Zwangsarbeit,
durch Unrecht und Folter, durch Hunger und Not,
Leid durch Angst vor Verhaftung und Tod,
Leid durch Verlust all dessen, woran man irrend geglaubt und wofür man gearbeitet hatte.

Heute erinnern wir uns dieses menschlichen Leids und gedenken seiner in Trauer.

* (Nur zur Information: Im März 1933 bekamen in Emden die SPD 18,3 %, die KPD 12,3 %, zusammen 30,6 %.)

TOP 4 Ehrung von Ratsmitgliedern für ihre langjährige kommunalpolitische Arbeit

Für **Herrn Brinkmann** ist es ein etwas abrupter Übergang, wenn nach dieser Gedenkfeier zwei verdiente Männer geehrt würden, die sich 25 Jahre ehrenamtlich kommunalpolitisch für Frieden, Freiheit und das Allgemeinwohl ihrer Stadt eingesetzt hätten. Und dennoch gehöre auch das dazu.

Eine der Lehren aus der schrecklichen Vergangenheit und den Folgen des totalen Zerstörens sei, daß die Menschen sich ihr Umfeld selber gestaltet, Verantwortung für die Allgemeinheit übernommen und nicht auf staatliche Verordnung gewartet hätten, ja sie sogar abgelehnt hätten.

In diesem Zusammenhang stelle sich natürlich die Frage, ob der Rat sich selber Ehrungen zuteil werden lassen müsse, ob nicht eher jene "dran" seien, die sich z.B. als Krankenpfleger für die Mitmenschen einsetzten, auf kulturellem Gebiet oder in Sportvereinen tätig seien oder sich für die Belange der Jugendlichen engagierten, gleich auf welcher Ebene.

Er sei dafür, daß man all die vielen Frauen und Männer, die ehrenamtlich tätig seien, bedenke. Dieses vor allem vor dem Hintergrund, daß immer weniger Menschen willens seien, sich der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen - so wie z.B. jene Frauen und Männer des THW, auf die er gleich noch eingehen wolle.

Aber auch diejenigen, die sich politisch betätigten, die sich oftmals Vorwürfe, Beschimpfungen und Anfeindungen gefallen lassen müßten, hätten ein Recht darauf, daß ihre Arbeit anerkannt werde. Kommunalpolitiker seien keine Politstars im großen politischen Karussell, sondern ihre Arbeit spiele sich oftmals im Hintergrund, und doch öffentlich kontrolliert, ab. Hier spielten z.B. das Schlagloch in der Straße, die defekte Sporthalle oder die zu kleine Schule und fehlende

Kindergartenplätze die Hauptrolle. Natürlich wolle man verändern, die Stadt entwickeln, Arbeitsplätze schaffen, die Umwelt sichern und die Finanzen wieder in Ordnung bringen. Aber da sei man eben abhängig von den Politstars.

Die Kommunalpolitiker brauchten ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Sie leisteten eine für die Demokratie wertvolle Arbeit, und deshalb wolle man heute zu Recht Herrn Erich Bolinius und Herrn Wilhelm Leeker für ihre 25jährige kommunalpolitische Tätigkeit ehren. Beide seien Vorsitzende ihrer Fraktionen, der F.D.P. und der SPD.

Kommunalpolitische Tätigkeit von Herrn Bolinius:

- Von 1972 bis 1996 Mitglied des Orsrates der ehemaligen Ortschaft Petkum - von 1981 bis 1996 stellvertretender Ortsbürgermeister
- Seit der 10. Wahlperiode (1981) Mitglied des Rates der Stadt Emden
- In der vergangenen Wahlperiode Vorsitzender des Finanzausschusses
- Seit Beginn dieser Wahlperiode Fraktionsvorsitzender der F.D.P.-Ratsfraktion
- Zur Zeit Mitglied (jeweils Grundmandat) im:
 - Verwaltungsausschuß
 - Feuerschutzausschuß
 - Ausschuß für Wirtschaft, Hafen und Finanzen
 - Krankenhausausschuß
 - Sportausschuß
 - Stadtplanungsausschuß
 - Vergabeausschuß

Herr Brinkmann hebt ferner die ehrenamtliche Tätigkeit im DRK sowie für die Pflege der plattdeutschen Sprache hervor.

Kommunalpolitische Tätigkeit von Herrn Leeker:

- Seit der 8. Wahlperiode (1972) Mitglied des Rates der Stadt Emden
- Seit der 10. Wahlperiode (1981) Mitglied des Verwaltungsausschusses
- Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion seit 1986
- Seit Beginn dieser Wahlperiode Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen; zuvor 15 Jahre Vorsitzender des Schulausschusses
- Zur Zeit Mitglied:
 - Verwaltungsausschuß
 - Ausschuß für Wirtschaft, Hafen und Finanzen
 - Geschäftsordnungsausschuß
 - Rechnungsprüfungsausschuß
 - Vergabeausschuß
 - Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH
 - Gesellschafterversammlung der Ausbildungs- und Arbeitsförderungs GmbH
 - Mitgliederversammlung der VHS Emden

Herr Dr. Schrödter möchte sich zunächst bei Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor herzlich dafür bedanken, daß er in diesem festlichen Ratssaal an der Auszeichnung verdienter Politiker und Bürger teilnehmen dürfe. Er habe der Einladung entnommen, daß das Rathaus als Verwaltungsgebäude II bezeichnet werde. Für ihn sei es ein historisch interessantes Rathaus, das man auch anders benennen könnte.

Der Oberbürgermeister habe in seiner Laudatio die vielfältigen Tätigkeiten der Ratsherren Boli-
nius und Leeker für die Entwicklung der Stadt Emden hervorgehoben. Er dürfe die Anerkennung des Nieders. Städtetages überbringen. Der Verband habe vor 10 Jahren entschieden, daß verdienten Kommunalpolitikern eine Ehrenurkunde überreicht werde, wenn sie insgesamt 25 Jahre für ihre Stadt oder ihren Ortsrat gewirkt hätten.

Zuvor möchte er einige Worte zur gegenwärtigen Situation der kommunalen Selbstverwaltung und damit des kommunalen Ehrenamtes sagen. Die kommunale Selbstverwaltung sei in Deutschland erstmals durch Gesetz zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingeführt worden, und zwar aus dem Gedanken heraus, daß die Bürger einer Stadt am besten entscheiden könnten, wie sich ihre Stadt entwickeln solle. Allein die Bürger bzw. deren Repräsentanten seien in der Lage zu entscheiden, wo z.B. eine Straße gebaut werden solle, wo Schulen und Kindergärten errichtet würden und wie die Gedanken des Umweltschutzes umgesetzt werden könnten.

Diese kommunale Selbstverwaltung habe zu einer Qualität der Verwaltung in Deutschland geführt, um die man von den meisten Ländern der Welt beneidet werde. Er möchte daran erinnern, daß die kommunale Selbstverwaltung im Jahre 1935 aufgehoben worden sei und viele verdiente Bürger- und Oberbürgermeister eingesperrt und später umgebracht worden seien. Bei dem Anschlag auf Hitler am 20.07.1944 seien viele Kommunalpolitiker beteiligt gewesen und hätten ihr Leben gegeben, um in Deutschland wieder die Demokratie einzuführen.

Die kommunale Selbstverwaltung sei trotz ihrer Qualität durch verschiedene Entwicklungen gefährdet. Große Probleme erwachsen daraus, daß die finanzielle Grundlage für die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland seit längerem in Gefahr sei. Herr Dr. Hinnendahl sei selbst Mitglied des Finanzausschusses des Nieders. Städtetages, wo diese Dinge behandelt würden.

Die Kommunen würden besonders belastet durch die extrem umfangreichen und schwierigen Aufgaben der Sozialhilfe, die durch Gesetz erst 1962 eingeführt worden sei. Die laufenden Ausgaben der Sozialhilfe hätten im Jahre 1964 in Niedersachsen 79 Mio. DM betragen und seien mittlerweile auf 2,5 Mrd. DM angestiegen. Die Kommunen seien mit dieser Aufgabe überfordert, und bei den kommunalen Spitzenverbänden herrsche die Ansicht vor, daß im Rahmen der Gemeindefinanzreform primär zu entscheiden sei, daß die Soziallasten auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt werden sollten, damit jeder seinen Anteil trage.

Er habe der Presse entnommen, daß in Frankreich die gesamte Sozialhilfe vom Staat bezahlt werde, weil sie dort sehr schwach ausgeprägt sei. Aber der Gedanke, daß der Staat verantwortlich sei, müsse von den Spitzenverbänden Bund und Land gegenüber vertreten werden. Er sei nicht allzu optimistisch, daß sich in diesem Jahrtausend noch etwas ändern werde.

Eine weitere Gefahr drohe der kommunalen Selbstverwaltung dadurch, daß die Arbeit des Ehrenamtes aber auch der Verwaltung durch ein dichter werdendes Netz von Gesetzen und Vorschriften erschwert werde. In Deutschland müßten 85.000 Gesetzesvorschriften angewandt werden, um die Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen. Ebenso seien im Rahmen des Gesundheitsstrukturgesetzes in den letzten 10 Jahren etwa 6.000 Vorschriften erlassen worden, die von den Krankenhäusern beachtet werden müßten. Deshalb laute der Appell an die Parlamente, sich beim Erlaß von Verordnungen nach Möglichkeit zurückzuhalten, um den kommunalen Spielraum nicht noch weiter einzuengen.

So sei z.B. im Baurecht ein großer Erfolg erzielt worden, denn seit dem 01.01.1998 gelte ein neues Baugesetzbuch. Danach könnten alle Bebauungspläne, die aus rechtswirksamen Flächennutzungsplänen entwickelt würden, ohne die Genehmigung der Bezirksregierung in Kraft gesetzt werden.

Als dritte Gefährdung der kommunalen Selbstverwaltung sei in vielen Städten zu beobachten, daß immer weniger Bürger jeden Alters bereit seien, in der kommunalen Selbstverwaltung Verantwortung zu übernehmen d.h. sich für eine ehrenamtliche Tätigkeit als Ratsmitglied zu entscheiden. Diese Entwicklung sei problematisch, weil der Rat ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen solle, und wenn bestimmte Schichten ausfielen, sei dies nicht mehr gegeben.

Die Herren Bolinius und Leeker seien seit 1972 für die Stadt Emden bzw. den Ortsrat Petkum aktiv und hätten in vielfältiger Weise Verantwortung übernommen und Entscheidungen getroffen, die nicht immer von den Bürgern mit Beifall akzeptiert worden seien. Dafür möchte er ausdrücklich die Anerkennung seines Verbandes übermitteln.

25 Jahre seien nicht nur ein Vierteljahrhundert, sondern bedeuteten, daß nach der ersten Wahl eine fünfmalige Wiederwahl erfolgt sei. Es müsse also in diesen 25 Jahren wirklich gute Arbeit geleistet worden sein, denn sonst wäre man nicht wiedergewählt worden.

Herr Dr. Schrödter überreicht sodann den beiden Jubilaren die Urkunden des Nieders. Städtetages und wünscht für das weitere Wirken alles Gute. Die **Herren Brinkmann** und **Dr. Hinnendahl** schließen sich diesen Wünschen an.

TOP 5 Ehrung von Mitgleidern des THW für ihre Hilfeleistung während des Hochwassers an der Oder im Sommer 1997

Herr Brinkmann führt aus, für viele sei die Situation unvorstellbar, daß der "blanke Hans" seit Tagen gegen die Deiche wüte, erste Risse sich zeigten und Wasser in das Hinterland eindringe. Die Deichacht setze alle Helfer ein, aber es reiche nicht. Weitere Hilfe werde benötigt. Den meisten sei dies nur aus Geschichtsbüchern bekannt.

Die Jüngerer betrachteten es noch als Schauspiel, wenn der Borkumkai überschwemmt sei und die Deichtore geschlossen werden müßten. Nur wer jemals am Deich gewesen sei und den Wasserstand bis zur Deichkrone erlebt habe, habe eine ungefähre Vorstellung von der Wucht des Elementes Wasser.

Die Oder in Brandenburg habe den Menschen eine hautnahe Vorstellung gegeben, was es heiße, einen Fluß nicht mehr oder nur schwer bändigen zu können. Sie hätten alsbald um Hilfe gerufen und sie auch bekommen durch die Bundeswehr, Feuerwehr, freiwilligen Helfer aus nah und fern und eben von jenen Frauen und Männern des THW. Ihnen gelte der Dank heute abend. 15 von insgesamt 1.500 Helfern des THW Niedersachsen erhielten heute abend die Oderflut-Medaille. Der Dank gebühre auch dem Einsatzleiter, Herrn Ostendorf, sowie den Herren zum Brook, Menten und Hummerich.

Erwähnenswert sei auch, daß diese Helfer von ihren jeweiligen Arbeitgebern wie z.B. VW, Daimler-Benz u.a. freigestellt worden seien, so daß der Einsatz erst möglich geworden sei. Dies sei auch heute noch nicht selbstverständlich.

Die 14 Männer und eine Frau hätten in der Zeit vom 17.07. bis 27.08.1997 Emden verlassen und seien vor Ort mit Sandsäcken dem Wasser zu Leibe gerückt. Ca. 520.000 Sandsäcke seien aus dem hiesigen Bereich nach Brandenburg verschickt und dort gefüllt worden. Bis auf eine

kleine Reserve auf Norderney habe es hier keine Sandsäcke mehr gegeben. Der Einsatzbereich sei Eisenhütten, Fürstenwalde, Beeskow und Frankfurt/Oder gewesen.

6 Wochen hätten die Helfer verbracht zwischen Hoffen und Bangen, hätten immer wieder Linien neu aufgebaut, keine geregelte Arbeitszeit, keinen ausreichenden Schlaf und kein Frühstück wie zuhause gehabt, sondern hätten rund um die Uhr einfach zur Verfügung gestanden. Sie hätten das Leid der Menschen, deren Häuser oft bis zum Obergeschoß überflutet gewesen seien, miterlebt, verendete Tiere beseitigt und manchmal ein Rehkitz gerettet. Das sei das Leben von

Marcus Maschke	-	Olaf Leerhoff
Thomas Bittner	-	Lothar Meinke
Thomas Tjaden	-	Thomas Schlunck
Stefan Blank	-	Manfred Frerichs
Thorsten Scholz	-	Kai Schnitker
Anke Bruns	-	Evert Meyeran
Helmut Pfeiffer	-	Wilhelm Bruns
Thorsten Cornelsen		

gewesen. Sie alle hätten sich dem Gedankengut des THW verschrieben, und deshalb sei man ihnen zu Dank verpflichtet. Sie erhielten heute zu Recht eine Auszeichnung, nämlich die Oderflut-Medaille. Er gratuliere dazu im Namen des Rates und der Verwaltung.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.00 Uhr.